

Gelsenkirchen, den 1.2.2011

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel.
Sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin Schröder,

mit Ihrer „Extremismuserklärung“ und den „Hinweisen“ dazu verlangen Sie von den Trägern der antifaschistischen Aufklärung und der Stärkung demokratischen Bewusstseins, ihren Partnern in Zukunft mit Vorbehalten und Misstrauen zu begegnen und sie ggf. als „extremistisch“ zu melden.

Was das bedeutet, hat das Arbeiterbildungszentrum (ABZ) im Jahre 2008 erleben müssen, als es in den „Genuss“ einer solchen Verdächtigung geriet und ein Antrag auf Förderung von drei antifaschistischen Bildungs-Projekten in Berlin-Treptow abgelehnt wurde. Bezugspunkt für die diskriminierende Qualifizierung war der damals aktuelle Verfassungsschutzbericht, der das ABZ ohne Grundlage und Beweisführung als Tarnorganisation der MLPD bezeichnet hat.

Es ist gerade ein wesentliche Erfahrung der Geschichte, dass eine gegenseitige Achtung und Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte, seien es Marxisten-Leninisten, Christen oder Sozialdemokraten erforderlich ist, um den Faschismus erfolgreich zu schlagen. Die von Ihnen geforderte Schnüffelei spaltet den antifaschistischen Kampf und erweitert den Spielraum für faschistische Organisationen und die Verbreitung ihres Gedankenguts. Wir sind stolz darauf keinerlei Berührungsängste gegenüber Marxisten – Leninisten und anderen fortschrittlichen und kritischen Kräften zu haben. Wir lehnen grundsätzlich jegliche Bespitzelung von uns oder unseren Partnern ab.

Obgleich den von uns eingereichten Anträgen ein hohes professionelles Niveau bescheinigt wurde, war das Projekt damit erledigt. Soll eine solche Ausgrenzungs-Praxis jetzt Standard werden?

Die Gleichsetzung von „Rechtsextremismus“ und „Linksextremismus“, die in Ihrer „Erklärung“ vorgenommen wird, ist angesichts der Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus unerträglich. Es waren doch gerade auch linke und fortschrittliche Kräfte, wie die KPD, sozialistische Organisationen, kämpferische Gewerkschafter usw., die den entschiedensten Kampf gegen Hitler und dem Faschismus geführt haben, und sie sind es heute wieder. Ein Kampf, der das Übel an der Wurzel zu packen versucht, eingedenk des Satzes von Bert Brecht „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ ist heute leider wieder dringend nötig. Das bedeutet, dass die eigentliche Ursache für die faschistische Gefahr in der Herrschaft der Monopole liegt. Offenbar soll erschwert werden, dass diese Lehre aus der Zeit der braunen Diktatur gezogen und verbreitet wird.

Was Sie verlangen, hebt jede Zusammenarbeit mit fortschrittlichen und kritischen Wissenschaftlern und Kulturschaffenden aus und fördert ein Denunziantentum. Mit einer derartigen Bespitzelung, Verunsicherung und Spaltung hat die gesamtdeutsche Bevölkerung schmerzhaft Erfahrungen gemacht.

Es muss doch wohl darum gehen, die Ursachen des Faschismus und den Widerstand dagegen zum Gegenstand einer Antifaschistischen Aufklärungsarbeit zu machen. In die Abwehr der faschistischen Gefahr müssen alle ehrlichen Antifaschisten, egal welcher Konfession oder Weltanschauung sie angehören, einbezogen werden.

Wir meinen, dass der beste Weg, die Verbreitung neofaschistischen Gedankengutes zu verhindern, darin besteht, dass man alle neofaschistischen Organisationen, gestützt auf Artikel 139 GG verbietet. **Wir fordern Sie auf die „Erklärung“ und die „Hinweise“ zurückzuziehen.**

Mit freundlichen Grüßen

Holger Vogt
2. Vorsitzender des Arbeiterbildungszentrums